

Unternehmensverband Ostholstein-Plön: Sonderabgabe für Kraftfahrer – es muss intelligentere Lösungen geben

Ministerpräsident Albig hat sich mit seiner Forderung nach einer Sonderabgabe für Kraftfahrer zur Sanierung der maroden Straßen-Infrastruktur keinen Gefallen getan. Weder bei den Autofahrern im Allgemeinen, noch bei den eigenen Genossen und erst recht nicht bei der Wirtschaft.

„Wir weisen seit Jahren darauf hin, dass dringender Handlungsbedarf besteht“, meldet sich der Vorsitzende des Unternehmensverbandes Ostholstein-Plön, Werner Süß zu Wort. Der Unternehmensverband versteht sich als Interessenvertretung der Wirtschaft in der Region zwischen Lübeck und Kiel. „Die Infrastruktur im Lande verfällt zusehends und das einzige, was Landesregierung und Straßenbauverwaltung bisher einfiel, waren Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Landesstraßen und Warnungen vor Straßenschäden. Und obendrein würden Kreisen und Gemeinden die notwendigen Mittel verweigert, um den Zustand der kommunalen Verbindungswege halbwegs in Schuss zu halten.“ Süß verweist wie viele andere auf die sprudelnden Steuerquellen. „22% mehr Steuereinnahmen der Länder im Vergleich mit dem Vorjahr allein im Monat März – und auch im vorigen Jahr war die Situation nicht so schlecht. Wenn nicht jetzt, wann will man denn endlich anfangen, das vorhandene Geld in die Verkehrsinfrastruktur zu investieren, anstatt schon wieder über neue Belastungen der Kraftfahrer nachzudenken?“ fragt der Verbandsvorsitzende.

Süß verweist darauf, dass eine zusätzliche Abgabe wieder vor allem die kleinen und mittelständischen Betriebe treffen würde, welche die Masse der Mitglieder seines Verbandes bilden. Die Abgabe würde vor allem Handwerker und Unternehmen belasten, die hohe Fahrleistungen erbringen. Sie bezahlen enorme Spritpreise, Kfz- und Mineralölsteuern und zum Teil Lkw-Maut. „Und mit all den Milliarden ist man nicht in der Lage, durch entsprechende Bildung von Prioritäten die notwendige Sanierung der Straßen hinzubekommen“, klagt Süß. Die Unfähigkeit der Politiker, die kräftig sprudelnden Steuereinnahmen in einer Niedrig-Zinsphase vernünftig zu verteilen, schüre nur die sowieso vorhandene Politikverdrossenheit. Er verweist darauf, dass Ministerpräsident Albig bei den Verhandlungen zur Großen Koalition dabei war und durchaus hätte dafür sorgen können, dass dem Bundesverkehrsminister und den Ländern mehr Mittel für den Straßenerhalt zugestanden worden wären. „Es muss intelligentere Lösungen geben, als dem schon gebeutelten Autofahrer noch weiter in die Tasche zu greifen.“